

Aktiven in Kirchengemeinden, Basis- und unabhängigen Künstlergruppen wie Verrat erschienen. Das unterschied sie von jenen in der DDR, die glaubten, sich mit der Macht gut stellen zu müssen, um vielleicht eine Reform von oben einzuleiten. Für die Kirche, in der ich viele Jahre als Pastor arbeitete, war jedenfalls klar: Absprachen, wie ich sie beispielsweise in den 1980er Jahren zur Vorbereitung der evangelischen Kirchentage in Rostock zu führen hatte, waren ausschließlich mit staatlichen Stellen zu treffen und nur zur Not mit der Partei, aber auf keinen Fall mit der Staatssicherheit. Die ungleichen Positionen lagen auf der Hand – der Staat war fast allmächtig, die Kirche fast ohnmächtig –, manchmal allerdings konnten wir doch gewisse Freiräume durchsetzen, ohne grundsätzlich die Unabhängigkeit unserer Positionen aufzugeben. Die Wirklichkeit gebot uns, die Macht der Diktatoren als gegeben zu akzeptieren. Diese zu ertragen, war ein Gebot der Notwendigkeit, nicht der Toleranz.

Was mich und viele andere damals zusätzlich schmerzte, war die Tatsache, dass Unangepasste nicht nur auf die Intoleranz von Partei und Regierung stießen, sondern auch auf die Intoleranz vieler Mitbürger. Da war der Nachbar, der argwöhnisch verfolgte und meldete, ob die Studentin im Parterre des Öfteren Westbesuch bekam. Da war der Arbeitskollege, der, ohne jemals dazu beauftragt worden zu sein, weitergab, dass der Lehrling eine Bibel auf dem Regal seines Wohnheimzimmers stehen hatte. Wie wir inzwischen aus dem Stasi-Archiv wissen, haben sich telefonisch auch immer wieder Bürger gemeldet, die der Stasi »einfach nur mal sagen« wollten, dass die Bekannte YZ vom letzten Urlaub in Polen Materialien der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność mitgebracht hatte oder der Kollege Bücher aus dem Westen besaß. Derartige Denunziationen von Nachbarn und Kollegen gruben sich unter Umständen tiefer in die Seelen der Denunzierten ein als der allgegenwärtige Druck der Partei, weil sie ihnen im Alltag weniger Auswege ließen und ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber der Umwelt schufen.

Es wäre allerdings nur die halbe Wahrheit, wenn ich nicht auch davon berichten würde, dass die Ideologie des herrschenden Systems auch eine verführerische Seite besaß. Angeblich diene sie doch einem guten Zweck: dem Erreichen des endgültigen Ziels der Geschichte, dem eigentlichen, dem tiefer verstandenen Interesse der Menschheit. Ohne Denken und Handeln der Partei gab es angeblich keinen Fortschritt. Wenn die Vertreter der »Arbeiter-und-Bauern-Macht« die Interessen des Volkes also am besten vertraten, dann waren sie auch berechtigt, diese Interessen notfalls gegen den Willen von Betroffenen durchzusetzen. Sogar Staatsterror wie etwa am 17. Juni 1953 wurde dann ein legitimes Mittel, Menschen zu ihrem Glück zu zwingen. Und es mangelte nicht an willfährigen Dichtern und Intellektuellen, die sich daran beteiligten, »das Ungereimte zu reimen«, wie Wolf Biermann dichtete. Sie sangen das Lob der Intoleranz, einige verführt von einer Heilserwartung, andere aus Eigennutz.

Dann, spät, kam 1989. Das lange Unvorstellbare wurde Wirklichkeit. Die DDR hörte schneller auf zu existieren, als jemand von uns Unabhängigen und Oppositionellen das jemals zu träumen gewagt hätte. Wir, die Menschen der damaligen DDR, erkämpften erst die Freiheit und erlebten dann sogar die Wiedervereinigung. Ich schied als Pastor aus der Kirche aus und stieg in die Politik ein, denn ich wollte in der »neuen« Politik mitgestalten. Mein Lebensmittelpunkt verlagerte sich von Rostock nach Berlin. Und was die Toleranz betrifft, so war sie zwar in meiner Vorstellung immer eine unerlässliche Tugend eines demokratischen Staates gewesen. Doch als ich ihr tatsächlich begegnete, erschien sie mir manchmal eher als Belastung denn als Bereicherung. Nun war sie offiziell zwar selbstverständlich, aber gar nicht mehr einfach.

Der Neubürger in der Freiheit, der ich damals war, fremdelte zum Beispiel mit dem Fremden, den Ausländern und Migranten auf den Berliner Straßen. In Rostock waren die Vietnamesen, Po-

len, Mosambikaner oder Kubaner, die seit Mitte der 1960er Jahre als Arbeitskräfte ins Land gerufen worden waren, abgeschottet in Wohnheimen untergebracht. Ich war Ausländern nur gelegentlich im Rahmen der Kirche oder während meiner wenigen Auslandsbesuche begegnet. Als Fremde in der Fremde waren sie mir attraktiv und interessant erschienen, als Teil meines Alltags kratzte ihre unübersehbare Anwesenheit an meinen Gewohnheiten und Vertrautheiten.

Ich fremdelte auch mit der Rolle und dem Auftreten von Homosexuellen und Lesben im öffentlichen Leben. Nie hatte ich in der DDR gesehen, dass Homosexuelle sich auf der Straße ihre Zuneigung zeigten. Zwar hatte die DDR das Verbot der Homosexualität früher abgeschafft als Westdeutschland. Doch in der Gesellschaft blieb das Thema verpönt. Ich kannte mit meinen 50 Jahren nur wenige, die sich offen zu ihrer Homosexualität bekannt hätten. Lesben und Schwule fürchteten gar nicht mal so sehr die Intoleranz des Staates, sondern die Intoleranz ihrer nächsten Umgebung. Es war schon etwas Besonderes, dass evangelische Kirchenleitungen schwule Pastoren akzeptierten. In Ost-Berlin beispielsweise verdankten es Schwulengruppen der Toleranz evangelischer Gemeindemitglieder, dass sie überhaupt einen Raum bekamen, in dem sie sich treffen konnten.

Toleranz – das schien mir im wiedervereinigten Berlin aber auch eine dem *juste milieu* eigene Haltung der Indifferenz. Eine Unentschiedenheit gegenüber jeder Art von Eindeutigkeit und eine Scheu vor Verbindlichkeit – alles in allem eine entkernte Leichtigkeit. Vielen von uns aus dem Osten, die wir gerade gelernt hatten, entschieden aufzutreten, notfalls auch auf den Straßen und trotz des Risikos, auf die Gewalt des Staatsapparats zu stoßen, musste diese Toleranz unter dem Motto »anything goes« wie eine Spielart der Dekadenz erscheinen. Konfrontiert mit der Vielfalt in einer freien, offenen Gesellschaft sagte mir mein Kopf: Das ist Pluralität,

und Pluralität braucht Toleranz. Mein Gefühl hinkte aber hinterher – im Vertrauten fühlte ich mich sicherer.

Ich habe in dieser Zeit der Eingewöhnung in den Westen allerdings auch erfahren, dass Fremdes nicht per Knopfdruck und nicht in beliebiger Menge integriert werden kann. Es braucht Zeit, um sich an Neues zu gewöhnen, sich teilweise vielleicht sogar mit ihm anzufreunden, es braucht auch Zeit, um zu lernen, Menschen und Dinge auszuhalten, die den eigenen Gewohnheiten und Denkweisen widersprechen. Ich lernte, dass es auch in einem demokratischen Staat Situationen geben kann, die mich überfordern und meine Toleranzgrenze überschreiten. Und ich erkannte, dass es, wenn man sich überfordert fühlt, besser ist, solche Situationen zu meiden, als sich vielleicht zu Reaktionen hinreißen zu lassen, die unbeabsichtigte Folgen haben.

Mehr als mir lieb war, wurde meine Fähigkeit zur Toleranz nämlich herausgefordert, nachdem ich als Abgeordneter von Bündnis '90 im ersten frei gewählten Parlament der DDR mit der Funktion des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR betraut worden war. Die Erfahrungen aus der Nachkriegszeit im Westen Deutschlands hatten mich zu der Überzeugung geführt, dass das Verdrängen und Verschweigen von Verantwortung und Schuld während der Nazi-Diktatur ungerecht gegenüber den Opfern und schädlich für das moralische und das Rechtsempfinden der Gesellschaft waren. Mir vorzustellen, dass ähnlich wie in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik nun wieder Richter, Staatsanwälte oder auch Militärs aus der DDR-Diktatur unterschiedslos und ungeprüft von der neuen Demokratie übernommen würden, erschien mir nicht nur politisch unklug, es widersprach auch zutiefst meinem Gerechtigkeitsempfinden. Das wäre falsche Toleranz gewesen. Ähnlich dachten wohl alle, die für die Demokratie gekämpft hatten und jetzt als Abgeordnete verschiedener demokratischer Parteien in der Volkskammer saßen.

Ich war und bin bis heute der Meinung, dass es kein Laissez-faire geben darf gegenüber jenen, die Pluralität und Toleranz mit Füßen treten. Toleranz, die Nachsicht und Duldsamkeit preist gegenüber den Verächtern der Toleranz, hilft den Tätern und nicht den Opfern. Intoleranz gegenüber einer Intoleranz, die Menschen unterdrückt und verachtet, ist eine Haltung von Demokraten im Namen der Menschenwürde.

Dass jene, die das System der DDR getragen und gebilligt hatten, sich einer Aufarbeitung widersetzen und Geschichtsklitterung zu betreiben versuchten, verwundert nicht. Erstaunlicher war die Erfahrung, dass die Aufarbeitung kommunistischer Diktatur auch bei vielen linken und linksliberalen Intellektuellen aus dem Westen auf Skepsis oder Ablehnung stieß. Es gehe doch um Veröhnung, hieß es, nicht um Rache und Vergeltung. Ein »Schlussstrich« sei angesagt. Jemand kritisierte die Überprüfung möglicher Stasi-Kontakte sogar als Inquisition und forderte eine Amnestie. Wie passte das zusammen, fragte ich mich, dass sich die alte Bundesrepublik gerade aufgrund des Drucks von Linken und Linksliberalen zur kritischen Aufarbeitung der Nazi-Diktatur entschieden hatte, dasselbe Milieu nun aber gegenüber den Verstrickten der SED-Diktatur mit Wahrnehmungsverweigerung und einem milden Blick auf Diktatoren und ihre Zuträger reagierte? Hatte sich nicht längst die Einsicht durchgesetzt, dass der alten Bundesrepublik viele der Proteste nach 1968 erspart geblieben wären, wenn sie Unrecht zuvor nicht so lange unter den Teppich gekehrt hätte?

Bei genauerem Hinsehen ließ sich aufklären, was zunächst als paradox erschien. Ganz offensichtlich plädierten jene Menschen für den Schlussstrich, die sich in der jungen Bundesrepublik gegen eine Restauration von rechts wandten und in der Sowjetunion immer nur das Opfer sahen. Sie lehnten die Totalitarismustheorie ab, die auch linke Diktaturen delegitimierte. Sie wollten lieber schweigen als den repressiv-totalitären Charakter des realen Sozialismus benennen und sahen sowieso viel lieber nach Lateinamerika, nach